

Herrschaft über Westungarn übernehmen und wird das Land als selbständige Regierung verwaltet. Die alten Beamten bleiben an ihrem Posten und werden ihre Arbeit fortsetzen. Tue jeder seine Pflicht!

Die ungarische Regierung gab ungefähr zu gleicher Zeit an die Entente die Mitteilung, das westungarische Gebiet bis zum 4. Oktober zu räumen, obwohl es sich nicht leugnen ließe, daß große Behinderungen entstehen könnten. Ob die Entente nun Truppen schicken wird, um Westungarn endlich an Österreich zu bringen, kann bezweifelt werden. Auch das Mittel einer Wirtschafts- und Verkehrsblockade gegen Ungarn, von dem gesprochen wurde, dürfte kaum zu dem erhofften Resultat führen, da die Insurgenten in dem reichen Lande, das sich sehr gut selbst ernähren kann, dadurch in keiner Weise wandend gemacht werden dürften. Im Ungarnland sollen sich 40 000 gutbewaffnete ungarische Insurgenten aufhalten.

Eine kriegerische Rede

Die Leiter der Losreisungsarmee Stefan Friedrich in Budapest, wo er sich bis jetzt aufhält, von der ungarischen Regierung aufsteht. Er sagte u. a.

Durch unsere kühne Tat wird jedes weitere Feilschen unmöglich gemacht. Wer es wagt, Westungarn zu betreten, wird einfach erschossen. Ich meine übrigens, daß höchstens die Kaiserin-Mutter von China Truppen nach Westungarn schicken wird. Wäge aber kommen, wer da wolle. Wäge man feilschen und verhandeln. Wir machen die Augen zu, stehen und schreien darauf los, und jeder möge sich hüten, in unsern Bereich zu kommen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Berliner Sozialdemokraten gegen Gödlich.

Die Berliner Funktionäre der Mehrheitssozialdemokratie haben zu dem Gödlicher Beschluß, der sich auf das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei bezog, Stellung genommen und im Gegenzug zu dem Gödlicher Parteitag einer Resolution zugestimmt, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei scharf ablehnt. Das Eintreten mehrerer Parteiführer für die Gödlicher Beschlüsse konnte daran nichts ändern.

Die holländischen Kredite.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Holländische Blätter bringen wichtige Mitteilungen über angebliche deutsche Absichten, das Kreditabkommen mit den Niederlanden auf eine andere Basis zu stellen. Diese Mitteilungen beruhen offenbar auf falschen Informationen über die zurzeit schwebenden Erörterungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie über Aufnahme eines zur Leistung von Reparationszahlungen dienenden Auslandskredits. Diese Pläne haben keinerlei Zusammenhang mit dem von Holland an Deutschland gewährten Kredit, der von Handel und Industrie — besonders in letzter Zeit — in zunehmendem Maße in Anspruch genommen wird.

Keine Vorschläge an Beamte.

Amlich wird mitgeteilt, daß die Staatsregierung nicht in der Lage ist, anzunehmen, daß den Beamten und Volksschulpersonen ein Vorstoß in ungefährer Höhe der nachzuzählenden Beträge sofort gewährt wird.

Freistaat Danzig.

X Die Danziger Eisenbahnen unter polnischer Herrschaft. Der in Genf abgeschlossene Eisenbahnvertrag zwischen der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig erkennt in der Hauptsache die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes an, wonach Polen die gesamten Eisenbahnen im Freistaat übernimmt und auch die Verwaltung der sogenannten Hafentbahnen führt. Die Eisenbahnwerkstätte in Danzig hört auf, ein Staatsbetrieb zu sein und wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, in der 45 Prozent Danziger, 45 Prozent polnisches und 10 Prozent ausländisches Kapital vertreten sein sollen. Danzig erhält einige Garantien von Polen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Zum Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr ist vom Reichswirtschaftsminister an Stelle des ausgeschiedenen Regierungsdirektors a. D. von Blücher der Regierungsrat von Hollaender ernannt worden.

Dresden. Der Reichsstaatsrat, die Vereinigung der mittleren und kleinen Städte Deutschlands, trat hier zu seiner diesjährigen Tagung zusammen.

Brüssel. Die Kammer hat das vom Senat angenommene Gesetz, das den Frauen das Stimmrecht bei den Provinzialwahlen zuerkennt, von neuem abgelehnt.

London. Zum Lord Mayor von London ist Sir James Babbalanja gewählt worden. Er wird sein Amt am 9. November antreten.

London. Laut „Daily Telegraph“ ist die weit verbreitete Ansicht, daß das Ende der wirtschaftlichen Sanktionen auch das Ende der militärischen Besetzung der Ruhräfen bedeute, unbegründet.

London. Die „Morning Post“ meldet aus Helsingfors, daß die Ermordung Joffes, des früheren russischen Vizekonsuls in Berlin, in dortigen russischen Kreisen beständig wird.

Die Stimme Oberschlesiens.

Deutsche Denkschriften für den Völkerbund
Der Völkerbund hat bekanntlich bei der Vorbereitung seiner bald zu erwartenden Entscheidung über Oberschlesien selbst eigene neue Studien über Land und Leute des Abstammungsgebietes angestellt. Es verstand sich von selbst, daß die deutsche Regierung die Aufgabe hatte, diese Gelegenheit zu ergreifen, um auch von sich aus dem Völkerbund eine möglichst genaue Kenntnis der oftmals so schwer entzifferbaren wahren Lage dieser Provinz zu vermitteln. Das ist jetzt geschehen, indem der deutsche Konsul in Genf dem Präsidenten der außerordentlichen Tagung des Völkerbundes Vicomte Joffé eine Anzahl von Denkschriften überschießlicher wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse überreichte. In diesen Denkschriften sind die Ansichten und Wünsche der ober-schlesischen Bevölkerung zusammengefaßt. Sie bringen den Nachweis, daß die ober-schlesische Bevölkerung

umgekehrt bei Deutschland verbleiben will, daß sich seit der Abstimmung die Volkstimmung wesentlich geändert hat, daß angesichts der Gefahr der Teilung des Landes auch der größte Teil der Wähler, die damals für Polen stimmten, heute beim Reich verbleiben wollen. Die Denkschriften sind auf Wunsch der ober-schlesischen Verbände am 25. September bereits von der Reichsregierung den alliierten Regierungen übermittelte worden mit einer kurzen Note, die ebenfalls dem Ausschuss des Völkerbundes zur Verfügung gestellt wurde.

Nach dem umfangreichen Material, das unter den verschiedenen Gesichtspunkten in sachlichster Form das ober-schlesische

Problem behandelt, vor allem das Interesse der Arbeiterschaft an dem völligen Verbleiben bei Deutschland nachweist, sei das Ergebnis des größten polnischen Vorkämpfers, des Erzbischofs von Posen und Grafen Dr. von Stabinski herangezogen, der sich 1892 auf das Schicksal gegen eine Übertragung des nationalen polnischen Gedanken auf Oberschlesien aus sprach und eine Gleichstellung Oberschlesiens mit den 1772 von Polen abgetrennten Gebieten als gänzlich unbedeutend und falsch und als bloßes Streben nach neuer Deute bezeichnerte.

England gegen Wiesbaden.

Rathenaus und Loucheurs Abmachungen.

Während von Paris aus die Einzelheiten des Wiesbadener Abkommens bekanntgegeben werden und gleichzeitig bekannt wird, daß die beiden Wiederabnahmisten am 6. Oktober erneut in Wiesbaden verhandeln sollen, ertönt von England aus scharfer Widerspruch.

Die englischen Blätter melden, daß der Vertreter Englands in der Wiederherstellungskommission gegen die Abmachungen zwischen Loucheur und Rathenau Beschwerde einlegte.

Der Grund des Einspruchs scheint vor allem in den Naturalieferungen Deutschlands an Frankreich zu liegen, die sich auf 9 Milliarden Goldmark belaufen sollen. Gegen diese Abmachungen wendet sich England, indem es behauptet, daß dadurch den englischen Kaufleuten die Möglichkeit genommen wurde, für die zerstörten Gebiete zu liefern. Außerdem habe sich Frankreich ein Vorrecht gesichert, denn es würde in den vorgesehene vier Jahren mehr erhalten, als ihm die in den Londoner Abmachungen festgesetzten Bedingungen zustehen.

Die Einzelbestimmungen.

Der Reparationskommission sollen folgende Pläne, die in Wiesbaden fertiggestellt wurden, vorgelegt werden: Das Projekt eines Abkommens bezüglich der Naturalieferungen, das Projekt eines Abkommens über die über Rotterdam und Antwerpen gehenden deutschen Rohstofflieferungen, das Projekt eines Abkommens über die Zertifikate, das Projekt eines Abkommens über die Einfuhr verschiedener französischer Produkte, drei Projekte von Abkommen, durch die Deutschland verpflichtet ist, Industrie- und Eisenbahnmateriale sowie Vieh nach Frankreich abzuliefern gemäß dessen Ansprüchen.

An unsere Leser!

Die deutsche Presse steht in wirtschaftlich schwerer Not. Papiere, Papier und alle Betriebsmittel sind sprunghaft gestiegen und steigen infolge der Entwertung der Mark weiter. Um bestehen zu können, um unser Lokalblatt überdauert weiter herausgeben zu können, sind wir deshalb gezwungen, das Abonnement ab 1. Oktober pro Monat um 1 Mark zu erhöhen.

Geschäftsstelle der Nachrichten für Raunhof.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 1. Oktober 1921.

Werkblatt für den 2. und 3. Oktober.

Sonnenaufgang 6^h 57^m | Mondaufgang 7^h 2^m (8^h 2^m)
Sonnenuntergang 5^h 5^m | Monduntergang 5^h 16^m (6^h 16^m)

2. Oktober. 1839 Walter Hans Thoma geb. — 1847 Generalfeldmarschall v. Dindenburg geb.

3. Oktober. 1817 Schriftsteller Johannes Scherr geb. — 1906 Vertreter des Königs Manuel II. von Portugal und Ausrufung der Republik. — 1916 Reichsminister Vinzenz v. Czerny geb. — 1918 Abkündigung des Jaren Ferdinand von Bulgarien.

□ Zur Entrichtung des Reichsnotopfers wird amtlich gemeldet: In vielen Fällen haben Steuerpflichtige, die zur Entrichtung des Reichsnotopfers innerhalb der vorgeschriebenen Frist unmittelbar oder durch eine Bank der Genossenschaft bei einer Annahmestelle für Wertpapiere Kriegsanleihebestände eingeliefert, die von der Annahmestelle anzustellende Bescheinigung über die eingelieferte Kriegsanleihe auf den beschleunigt zu entrichtenden fälligen Teil des Reichsnotopfers bei der Finanzkasse in Zahlung zu geben. Die Steuerpflichtigen laufen Gefahr, daß die von ihnen durch die Ablieferung der Kriegsanleihe bei der Annahmestelle tatsächlich bereits ganz oder zum Teil bezahlte Reichsnotopferschuld nochmals zwangsweise beigetrieben wird. Zur Vermeidung der hieraus für die Steuerpflichtigen entstehenden Ungünstigkeiten soll nur die Zwangsbeiträge gegen Steuernachzahler die durch Vorlegung einer Bescheinigung einer Bank oder Genossenschaft oder sonst in geeigneter Weise der Finanzkasse genügend glaubhaft machen, daß sie rechtzeitig den erforderlichen Betrag an Kriegsanleihe bei einer Annahmestelle eingeliefert haben, ausgesetzt werden.

Wochenausgang.

Ein unterhaltendes Jagdvergnügen, zu dessen Ausübung man nicht einmal des bedürftlichen Jagdschneiders bedarf, hat begonnen. Die Jagd nach den Kartoffeln. Wir haben zwar die edlen Früchte legen, waschen und genießen, hören die schwer beladenen Wagen an unsern Häusern vorbeiziehen, aber stellen wir das beschriebene Verhalten, unsern Winterportrat irgendwo einkaufen zu wollen, dann nicht nur bedauernd die Achseln. Es wird also voraussichtlich wieder so kommen, daß wir weitgereiste Kartoffeln einkaufen müssen, während die der näheren Umgebung wieder Reizen nach einer anderen abgelegenen Gegend antreten. Reisen aber kostet nach dem alljährlich über, wie diesmal noch öfteren Fahrpreiserhöhungen Geld. Darum werden unsere freundlichen Erdäpfel in der Werkschöpfung wieder beträchtlich steigen. Aber, was heißt jetzt nicht? Gehälter, Kurse, Lebensmittel, Löhne, das Barometer, die Steuern, die Bevölkerungszahl und der Alkoholkonsum. Nur eins fällt und fällt — die Bilanz unserer Mark. Grau wie die kommenden Herbstnebel ist das Bild der Zukunft. Ein politischer und volkswirtschaftlicher Wolkenhändler läßt uns recht dringend raten. Die Weisen an der Vierbank prophezeien den unheilbaren Staatsbankrott und haben doch eine Heidenangst davor, daß ihre Prophezeiungen am Ende gar in Erfüllung gehen könnten. Ein oder mehrere Glas des jezt wieder recht schmackhaften Bieres müssen die bängigen Lebensgeister wieder auffrischen, trotz der kürzlich erfolgten Erhöhung der gemeinsamen Weltmarktpreise. Der Schöpfer des Wortes: Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen, hat wohl nicht wie wir eine Reihe von bösen Jahren durchgemacht, die weit schwerer zu ertragen sind. Dazu gehört eine Stäregebäude. Wer sie nicht besitzt, kann sich aber leicht darin üben, er braucht nur ein Ferngespräch beim Telefon anzumelden. Nur Zeit muß man zu diesem Vergnügen haben, denn die unruhigen Alltagsleuten haben ansehend Ueberfluß in diesem Artikel. Sächsische Zeitgenossen, sie haben doch wenigstens etwas über, das passiert uns anderen heutzutage nicht.

F. G. D.

— Städt. Arbeitsnachweis Raunhof. Im Monat September 1921 wurden in Raunhof 11 männl., 2 weibl., noch auswärts 6 männl., insgesamt also 19 Arbeitssuchende in offene Stellen ver-

mittelt. Hierunter befinden sich 6 Auszubildende. Es sind noch folgende Arbeitssuchende gemeldet: 2 Töpfer, 1 Schlosser, 1 Buchbinder, 1 Tischler, 1 Koniorist, 8 Arbeiter, 1 Grasplanner.

— Raunhof. Seit Donnerstag befindet sich die gesamte Arbeiterschaft der Raunhofer Raubwarenfabrik im Streik. Der Ausbruch ist kein örtlicher, er breitet sich auf ganz Belgiz und dessen Umgebung. Die Ursache dieses Streikes ist, wie Belgiziger Blätter berichten, ein ganz eigenartiger. Die Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergaben im wesentlichen ein völlig Einverständnis, nur wollten die Arbeitgeber den neuen Tarif nicht über demüßigen, bis sie wiederum mit ihrer Kundtschaft betreffs Preis-erhöhungen verhandelt hätten. Darauf wollten sich die Arbeiter nicht einlassen und bestanden auf sofortiger Annahme des neuen Tarifs. Da aber hierauf die Arbeitgeber nicht eingingen, so traten die Arbeiter in den Streik. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und ihrer Kundtschaft sollen sofort stattfinden. Man rechnet auf beiden Seiten mit keiner langem Streikdauer. — Uebrigens streiken auch in Hamburg die Raubwarenhersteller.

— Raunhof. Wie in einer Anzeige in der heutigen Zeitung zu lesen ist, hat die freiwillige Sanitätskolonne vom roten Kreuz zu Raunhof eines ihrer alten Mitglieder, Herrn Kumpnermeister Max Friedrich, gestern plötzlich verloren. Wenn es gilt, für das Werk der Nächstenliebe tätig zu sein, so war er einer der ersten, die sich der guten Sache sofort zur Verfügung stellten. An vielen Krankentransporten hat er teilgenommen und damit Kranken und Hilfsbedürftigen große Dienste geleistet. Leider konnte er der Segnungen der neu eingerichteten Wohlfahrtskolonne der freiwilligen Sanitätskolonne vom roten Kreuz zu Raunhof nicht mehr teilhaftig werden. — Der gestrige Tag war überdauert ein bedeutungsvoller Tag für unsere Kolonne, da vier Krankentransporte zu erledigen waren. Wir Raunhofer wollen alle Hände über diese so segensreiche, für unsere Einwohner so wichtige Einrichtung ausbreiten.

— Die Bestände an Zucker, die bei den Kleinhandlern und Konsumvereinen noch vorhanden sind, werden freigegeben und können in kleineren Mengen, im einzelnen nicht über 1/2 Pfund, unter Einhaltung der bisherigen Höchstpreise, abgeholt werden. Zu berücksichtigen sind in erster Linie Familien mit Säuglingen und kleinen Kindern. Die beim Großhandel und Zwischenhandel noch vorhandenen Bestände — auch wenn der betr. Groß- oder Zwischenhändler gleichzeitig Kleinhandel betreibt — bleiben beschlagnahmt.

— Obstbaumpflege. Bevor das Laub von den Bäumen fällt, läßt man die Obstbäume aus und entfernt alle Ähren und bischad-lichen Welle. Die Obstbäume werden von Flechten, Moosen und toter Rinde gereinigt und zum Schutze vor Witterungseinflüssen mit einem Kalkmilch versehen. Bei jungen Bäumen ist es unbedingt erforderlich, die Baumstämme umzugraben, damit Luft und Feuchtigkeit gut in den Boden eindringen kann. Der Frostschaden wird am besten begegnet, wenn man Mitte Oktober Rasenstreifen legt. Wo die Blüthen ausgetreten ist, setze man nach dem Ausfall der Obstbäume gründlich durch und grabe noch vorhandene Blüthen aus mit Antifungal, oder 20% Obstbaumkarbolinöl aus. Häufig ist das Austreten des amerikanischen Stachelbeermehltaus beobachtet worden. Kennlich an den verkrüppelten, meist blattlosen, weiß bis braun verfärbten Triebspitzen. Bekämpfung: Starkes Auslichten der Sträucher. Die befallenen Spitzen sind abzuschneiden und zu verbrennen. Der Boden ist tief umzugraben und stark zu verkalchen. Vor Austrieb spritzen mit 1/2% Schwefelkalkmilch.

— Die Mühlwerke, die sich in der Kartoffelerzeugung in den letzten Jahren für die Bevölkerung herausgestellt haben, geben dem Reichsbürgerrat Veranlassung, beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorstellig zu werden. Dieser hat darauf dem Reichsbürgerrat nachstehende Antwort erteilt, die geeignet ist, bezüglich der Kartoffelerzeugung und deren Preisbildung wesentlich zur Verhütung der Verödigung beizutragen: „Auf das gewünschte Schreiben beziehe ich mich, sehr ergeben zu erwidern, daß ich in Uebereinstimmung mit den dortigen Ausführungen ein übermäßiges Anziehen der Kartoffelpreise für ein großes Unglück halten würde, jedoch dürfte die Bestimmungen, die das Publikum hinsichtlich der Kartoffelpreise zur Zeit best. vielfach übertrieben sein. Die Preise sind in der letzten Zeit ständig gesunken und liegen in den Haupterzeugungsgebieten zwischen 40—45 Mark. Wenn sich auch der Umfang der Ernte noch nicht übersehen läßt und in einzelnen Teilen Deutschlands infolge der Trockenheit mit einer schlechten Ernte gerechnet werden kann, so lauten doch aus anderen wichtigen Erzeugungsgebieten die Nachrichten durchaus günstig. Insbesondere aus Pommern wird berichtet, daß dort mit einer guten Mittelernte gerechnet werden kann. Von besonderer Wichtigkeit ist es daher, daß das Publikum nicht die Nerven verliert und aus unbedingter Beforgnis sich zu Preisen mit Kartoffeln einbeißt, die durch die Lage nicht gerechtfertigt sind. Insbesondere wird sich auch empfehlen, daß nicht in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre industrielle Werke und Manufakturen unternehmungen durch ihre Ankäufe die Preise hochtreiben. Ich wäre dankbar, wenn nach dieser Richtung hin von dort aus eine Mäßigung des Publikums erfolgen könnte. Die Ausfuhr der Kartoffeln ist aus strengster Unterlage; die Grenzpolenbehörden sind angewiesen, aufs nachdrücklichste die unerlaubte Ausfuhr zu verhindern. Auch das Verbrennen von Kartoffeln wird in ähnlicher Weise wie im Vorjahre eingeschränkt und lediglich in einem noch zu bestimmenden Umfange den Besitzern landwirtschaftlicher Brennereien gestattet werden, die im Interesse der Viehhaltung auf die Herstellung von Schlempe dringend angewiesen sind. Der Ankauf von Kartoffeln durch Brennereien ist verboten.“

— Am 1. Oktober tritt, wie bekannt, gesetzlich die freie Zuckerwirtschaft ein. Am 17. September war der letzte Tag, an dem noch auf die Zuckerarten Zucker verteilt werden durfte. Die Zuckererzeugung ist tatsächlich also bereits seit dem 18. ds. Ms. so gut wie frei, es darf aber vor dem 1. Oktober kein Zucker aus der Ernte 1920/21 ohne Marken verkauft werden, und da Zucker neuer Ernte noch nicht verfügbar ist, haben wir augenblicklich vor einem von den Hausfrauen recht unangenehm empfundenen Mangel. Wer nicht sehr sparsam mit seinem zugetheilten Zucker verfahren ist, ist jezt in schwieriger Lage. Nach dem 1. Oktober wird es hoffentlich Zucker geben, doch können die zuständigen Stellen das zurzeit auch noch nicht mit Bestimmtheit versichern.

— Strenger Winter in Sicht? Welterkundige glauben voraussetzen zu können, daß der kommende Winter der kälteste seit 100 Jahren wird. Oktober und November werden noch abgehen und kalten Nächten, vorwiegend trocken und angenehm sein, doch wird es viel Nebel geben. Die Kälte setzt erst im Dezember ein und wird aber dann mit wenig kleinen Unterbrechungen bis zum Frühjahr anhalten.

— Sonntagsharten das ganze Jahr über. Der Sächsische Verkehrsverband, Stz Belgiz, erwidert entgegen einer im Publikum weitverbreiteten gegenteiligen Anschauung, daß die Sonntagsharten, deren Einführung veruchsweise erfolgt ist, bis auf weiteres das ganze Jahr ausgegeben werden, also auch im Winter benutzt werden können. Es wird angestrebt, die Zahl der Strecken, auf denen Sonntagsharten benutzt werden dürfen, zu vermehren, soweit dies die jeweiligen betrieblichen Verhältnisse der Eisenbahn gestatten.

— In der sächsischen Landgendarmerei treten unter dem 1. Oktober bemerkenswerte Veränderungen in der Dienst- und Titelbezeichnung ein. Bei der sächsischen Landgendarmerei werden künftig die bisherigen Gendarmereiwachmeister als Gendarmereioberwachmeister, die bisherigen Gendarmereioberwachmeister als Gendarmereihauptwachmeister, die Gendarmereioberwachmeister und Oberinspektoren als Gendarmereikommissare bzw. Gendarmereioberkommissare bezeichnet, unter Einrechnung in die entsprechenden Besoldungsklassen der übrigen Beamtenkategorien.

— Auflösung einer Gendarmereioberkommissar. Im Freistaat Sachsen bekanden seit relativ Jahresfrist in einer jeden der fünf Kreisoberhauptmannschaften eine durchschnittlich 100 Mann starke Gendarmereioberkommissar. Infolge der hohen Unterhaltungskosten ist die in Baugen- und Seiden untergeordnete Gendarmereioberkommissar aufgelöst worden, es bestehen demnach nur noch vier gleiche Abteilungen in den übrigen Kreisoberhauptmannschaften weiter.

— Wir Barbaren! Ein Sonderheft der Monatschrift „Die Gegenrechnung“ soll demnächst unter dem Titel „Wir Barbaren“ erscheinen. In dem Heft soll über die Wohlfahrt und Wohlstandsmöglichkeiten berichtet werden, welche die deutschen Besatzungsbehörden gegenüber den Bewohnern der besetzten Gebiete angedacht haben. Alle Soldaten, Offiziere, Kerale und Beamte, die hierüber einwandfrei berichten können, werden gebeten, diese Berichte einzu-

senden an die Postfach 51.

— Leipzig. Mitglied der einzelnen Blätter sammelt.

— Im Jockel der es über den Raubvogel des Raubvogel gefascht darüber gefascht.

— Otschag. eine Ueberflunde, Oppau zugeführt.

— Am Sonntag gules Vorna bei Inspektor des G. „Was soll denn die Leine!“ war die Sprach der Snipen der Landespolizei Anspiel der Dieb leider auch ein W.

— Freiberg. Straße des Bahnh Brand geraten wo Die Vermeidung nicht in Tätigkeit.

— Aue. W. einigen Tagen in Streit. Dr. Sch. Sohn, der Remp zu Auseinanderber Verlaute des Stre G., von seiner G. am rechten Oberarm set im Dbergen.

Berlin Renner

In hereingebracht

Aus

Be

quittieren.

Kaufen Sie jezt!

Vorteil

für neue Fahr Damen, Anaber Fahrrad-Mantel Auswah, möß

Raunhof .. Neft. ste Fahr

R. v.

Saa

Deodora

Barnajfi

Centifol

Goldbal

EWIG

dan

Erfolg schon am schreibt Frau H. i alle marktschreie priensenen Mittel dann wenden S der gefürchteten

Regelsto

vertrauensvoll nu Mein Mittel ist unschädlich, Ga sendung völlig Veruach. Aus Schiedler, K